

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

am 22. November 2007 regierte die Große Koalition in Berlin zwei Jahre. Die Halbzeitbilanz aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion schicke ich Euch auf Anforderung gerne zu. Einzelheiten zu den einzelnen Politikfeldern findet ihr auch auf

www.soenke-rix.de oder

www.spdfraktion.de

Alternative Positionen und insbesondere Antworten auf die Frage, was in der verbleibenden Zeit der Legislaturperiode noch passieren sollte, findet ihr unter anderem auf

www.parlamentarische-linke.de/Texte.5.0.html

Ich will diesen umfangreichen Texten keine Bewertung im Detail anfügen, sondern schicke Euch auf den folgenden Seiten meine kurze persönliche Halbzeitbilanz über die Schwerpunkte meiner Arbeit in Berlin, über mein Abstimmungsverhalten in wichtigen politischen Fragen und über meine Wahlkreisarbeit.

Grundsätzlich bleibe ich bei meiner Einschätzung, dass die Arbeit dieser Koalition und der Anteil, den die SPD an ihren Erfolgen hat, besser ist als die meisten Menschen wahrnehmen.

Dass die Koalition in der öffentlichen Wahrnehmung nicht so gut wegkommt, liegt auch daran, dass sie mit großen Vorschusslorbeeren gestartet ist. Die Erwartung war: Wenn die beiden großen Parteien zusammenarbeiten, werden auch die großen Probleme gelöst. Logisch finde ich das nicht, denn die Parteien haben in Teilen vollkommen unterschiedliche Programme. So gesehen ist es nicht verwunderlich, dass es in den umstrittenen Fragen oft nur den kleinsten gemeinsamen Nenner gibt.

Als einzelner Abgeordneter, besonders wenn man wie fast alle schleswig-holsteinischen SPD-Abgeordneten der Parlamentarischen Linken angehört,



kann man nicht immer mit der Regierungspolitik und den vereinbarten Kompromissen zufrieden sein.

Aber eine Regierung aus SPD, CDU und CSU macht nun mal keine pure sozialdemokratische Politik. Deshalb kann es auch nicht unser Ziel sein, dass die Große Koalition länger als vier Jahre besteht.

Allerdings: Eine Legislatur sollte sie durchhalten und in dieser Zeit umsetzen, was man trotz unterschiedlicher Überzeugungen umsetzen kann. Bei genauer Betrachtung der Lage muss man nämlich zur Kenntnis nehmen: Es gibt augenblicklich keine anderen realistischen Mehrheiten und deshalb keine Alternative.

Ich wünsche Euch eine besinnliche Weihnachtszeit, einen guten Start ins neue Jahr 2008 und freue mich auf weitere gute Zusammenarbeit

Euer

MEINE SCHWERPUNKTE IN BERLIN

Ich bin Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Durch die große Themenvielfalt meines Ausschusses kann nicht jeder Abgeordnete und jede Abgeordnete über jedes Themengebiet umfassend Bescheid wissen. In der für diesen Ausschuss zuständigen Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion haben wir aus diesem Grund die Themen an die einzelnen Mitglieder der AG verteilt. Ich bin Berichterstatter für verschiedene Themen aus dem Bereich Jugend:

- Zivildienst
- Freiwilligendienste
- Bürgerschaftliches Engagement
- Beteiligung und Partizipation
- Jugendschutz
- Jugendmedienschutz
- EU-Jugendpolitik
- Pakt für die Jugend / Jugend in Aktion

Außerdem bin ich noch Mitglied in den Arbeitsgruppen:

- Bürgerschaftliches Engagement
- Migration
- Rechtsextremismus
- Kommunalpolitik
- Menschen mit Behinderungen

Für mich als Familienpolitiker war 2007 durchaus ein erfolgreiches Jahr.

Zu den Erfolgen in meinem Bereich gehören die Einführung des Elterngeldes, mehr Geld für den Kinderbetreuungsausbau und die steuerliche Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten. Außerdem konnten wir verhindern, dass Tagesmütter den kommunalen Zuschuss, den sie für ihre Arbeit bekommen, im nächsten Jahr versteuern müssen.

Im Bereich Bekämpfung des Rechtsextremismus ist es uns in den Haushaltsverhandlungen für 2007 gelungen, die Fortführung der erfolgreichen Programme gegen Rechtsextremismus ENTIMON und CIVITAS auch gegen die Bedenken unseres Koalitionspartners durchzusetzen. Aus den zeitlich begrenzten Modellprojekten sind auf Dauer angelegte Programme mit einer halb-

wegs auskömmlichen Finanzausstattung geworden.

Wir wollen den Zivildienst zu einem Lerndienst weiterentwickeln und an andere soziale Berufe anpassen. Am Ende des Dienstes sollen Zivildienstleistende z. B. ein qualifiziertes Zeugnis erhalten. Mit dem Gesetzgebungsverfahren wird Anfang 2008 begonnen.

Nicht nur der Zivildienst liegt mir am Herzen, sondern auch die Freiwilligendienste. Viele Jugendliche entscheiden sich nach der Schule für ein Freiwilliges Soziales oder ein Freiwilliges Ökologisches Jahr. Zurzeit kommen im Durchschnitt drei Bewerbungen auf einen Platz. Um mehr Plätze zu schaffen, haben wir den Haushaltsetat für diesen Bereich aufgestockt. Mit dem neuen Programm „Freiwilligendienste machen kompetent“, für das zwei Millionen Euro bereit gestellt wurden, sollen insbesondere Jugendliche mit niedrigen Schulabschlüssen und schwierigen sozialen Hintergründen fit für den Start in das Erwachsenenleben gemacht werden.

Ich habe bisher fünf Mal im Deutschen Bundestag gesprochen:

Am 09.03.2006 zum Antrag von B90/GRÜNE „Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt verwirklichen - Innovationshemmnis Männerdominanz beenden“.

Am 07.09.2006 in der Haushaltsdebatte zum Einzelplan 17 (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend).

Am 21.11.2006 ebenfalls in der Haushaltsdebatte zum Einzelplan 17 (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend).

Am 23.03.2007 zum Antrag von B90/GRÜNE „Partizipation von Kindern und Jugendlichen stärken - mehr Kinder- und Jugendfreundlichkeit durch eine neue Beteiligungskultur“.

Am 29.11.2007 in der Haushaltsdebatte zum Einzelplan 17 (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend).

GLÄSERNER ABGEORDNETER

ABGEORDNETENENTSCHÄDIGUNG

Ich erhalte zur Zeit eine zu versteuernde Abgeordnetenentschädigung in Höhe von 7.009,00 € monatlich (brutto). Nebeneinkünfte habe ich nicht. Weihnachts- oder Urlaubsgeld erhalten Bundestagsabgeordnete nicht.

KOSTENPAUSCHALE

Für mandatsbezogene Ausgaben erhalten Abgeordnete eine Kostenpauschale, die zum 1. Januar eines jeden Jahres entsprechend der Entwicklung der Lebenshaltungskosten angehoben wird. Sie beträgt zur Zeit 3.720 € monatlich.

Ich habe dafür in den Jahren 2006 und 2007 insgesamt 88.074,00 € erhalten (2006 43.714,00 Euro, 2007 44.360,00 Euro). Davon habe ich für mandatsbezogenen Ausgaben 87.535,92 € aufgewendet, nämlich:

- 22.087,26 Euro für Beiträge (z. B. Denkfabrik, Parlamentarische Linke, Landesgruppe – nicht Beiträge, die ich auch sonst zahlen würde, wie Verdi, AWO usw.!)
- 3.140,46 Euro für Spenden
- 20.945,74 Euro für das Büro in Rendsburg (Miete, Nebenkosten, Reinigung)
- 6.397,28 Euro für Porto, Reisekosten der Mitarbeiter, Büromaterial, das nicht vom Deutschen Bundestag gestellt wird
- 11.253,80 Euro für meine Wohnung in Berlin
- 6.301,64 Euro für die Einrichtung des Wahlkreisbüros und meine Berliner Wohnung
- 10.308,58 Euro für Mobilität im Wahlkreis
- 5.304,37 Euro für die Teilnahme an Tagungen und für Veranstaltungen

- 1610,95 Euro für Zeitungen und Internet
- 185,84 Euro für Kontogebühren

MITARBEITERPAUSCHALE

Für die Einstellung von Mitarbeitern stehen mir monatlich rund 13.660 € zur Verfügung. Diese Summe erhalte ich nicht selbst, die Bundestagsverwaltung bezahlt daraus die von mir eingestellten Mitarbeitern unmittelbar. Ich beschäftige damit zwei Mitarbeiter in Berlin (Anne-Katrin Fischer und Stephan Borghorst) und zwei im Wahlkreis (Sabine Jaster und Jörg Hamer).

Weitere Details zur Entschädigung von Bundestagsabgeordneten findet Ihr auf

www.bundestag.de/mdb/mdb_diaeten/index.html

DIÄTENERHÖHUNG

Dem Kompromiss zwischen CDU/CSU und SPD zur Neuordnung der Diäten und der Altersversorgung von Bundestagsabgeordneten habe ich im Bundestag übrigens nicht zugestimmt. Nicht, weil ich die Diäten grundsätzlich für zu hoch halte, sondern weil es in diesem Zusammenhang keine deutliche und gegenüber anderen Arbeitnehmern gerechtere Neuregelung der Altersbezüge gab.

Rix hält Erhöhung der Bezüge für nicht vermittelbar

Eckernförder SPD-Bundestagsabgeordneter kritisiert Kompromiss der Regierungskoalition

Eckernförde/ez – Der aus Schleswig-Holstein – die Erhöhung der Bezüge destagsabgeordneten aus Eckernförder SPD-Bundestagsabgeordnete Sönke Rix nicht dafür gestimmt „und für nicht vermittelbar“. Die Schleswig-Holstein habe kritisierte den vorgelegten ich werde auch in der Renten- bzw. Pensionsan- immer gelaundet: „Eine Neu- Kompromiss zwischen spruchsregelungen für Ab- regelung der Bezüge für Abgeordnete und Wahlbeamte geordnete und Wahlbeamte wie zum Beispiel Staatsse- und gegenüber anderen Ar- CDU/CSU und SPD zur dafür stimmen“, teilte Rix kretäre, hauptamtliche beitnehmern gerechtere Neuordnung der Diäten und der Altvorsorge von Bundestagsabgeordneten da- unserer Zeitung mit. Landräte und Bürgermeis- ter gehörten nach Überzeu- gung Rix' grundsätzlich überarbeitet. Die Position der SPD- Bundestagsfraktion und insbesondere der SPD-Bun- als „nicht ausreichend“. Daher habe er bereits in der Fraktionssitzung am Dienstag letzter Woche – wie alle anwesenden SPD-Kollegen Angesichts der Tatsache, dass es auch mit diesem Kompromiss keine grundlegende Veränderung bei der Altersversorgung von Abgeordneten gebe, „halte ich

ABSTIMMUNGSVERHALTEN

Artikel 38 des Grundgesetzes regelt, dass Abgeordnete Vertreter des ganzen Volkes, nicht an Aufträge und Weisungen gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen sind. Tatsächlich wird erwartet, dass wir Abgeordneten uns an den Mehrheitsbeschlüssen unserer Fraktion orientieren. Zu diesem Spannungsverhältnis zwischen freiem Mandat und Fraktionsdisziplin schrieb Carlo Schmid, Sozialdemokrat und einer der „Väter“ unseres Grundgesetzes:

„Oft stört man sich daran, dass ein Abgeordneter, der in der Fraktionssitzung überstimmt worden ist, nachträglich im Plenum mit der Fraktionsmehrheit stimmt, deren Ansichten er vorher bekämpft hat. Das geschieht nicht aus schäbiger Unterwerfungsfreudigkeit; es geschieht oft aus dem Gefühl heraus, die 80 v. H. Fraktionsmitglieder, die anderer Meinung waren als er, könnten vielleicht doch recht gehabt haben; (...)“

Eine weitere Notwendigkeit, im Einzelfall entgegen der persönlichen Meinung mit der Mehrheit der Fraktion zu stimmen, ergibt sich daraus, dass eine Regierung, deren Abgeordnete mit der Opposition stimmen, nicht arbeitsfähig wäre. Hier stehen wir als Abgeordnete natürlich in der Pflicht. Oder um auch hier mit Carlo Schmid zu sprechen:

„Loyalität gegenüber der Fraktion ist mehr als purer Selbstzweck. Sie ist eine wesentliche Voraussetzung, um auch zukünftig unsere politischen Überzeugungen in konkrete Politik umsetzen zu können.“

Und im Übrigen — da erzähle ich Euch nichts Neues — wäre das Profil einer Partei nicht erkennbar, wenn jeder Abgeordnete so abstimmt, wie es ihm gerade passt. Ich unterstelle, dass Ihr von Euren Fraktionen auf kommunaler Ebene auch Geschlossenheit erwartet: Diskutiert wird im Ortsverein und in der Fraktion, danach wird gemeinsam eine Position vertreten.

In der Praxis stehen wir Abgeordneten bei vielen Abstimmungen vor einem großen Dilemma. Insbesondere — ich habe bereits darauf hingewiesen — in der Großen Koalition und noch dazu als Parteilinker. Bei diesen namentlichen Abstimmungen habe ich nicht gegen meine Überzeugung mit der Mehrheit der SPD-Bundestagsfraktion gestimmt:

- 09.03.2007: Tornado-Einsatz in Afghanistan
- 25.05.2007: Unternehmensteuerreform (Enthaltung)
- 14.06.2007: Aufenthalts- und Asylrecht
- 12.09.2007: Verlängerung Libanon-Einsatz
- 12.10.2007: Verlängerung Tornado-Einsatz
- 09.11.2007: Vorratsdatenspeicherung
- 15.11.2007: Verlängerung Anti-Terror-Einsatz (OEF)
- 16.11.2007: Diätenerhöhung

In den meisten Fällen habe ich Euch in einem „Bericht aus Berlin“ mein abweichendes Abstimmungsverhalten begründet. Darüber hinausgehende Publicity benötige ich nicht, denn ich weiß, dass viele Kolleginnen und Kollegen nur aus den oben genannten Gründen auch bei schwierigen Fragen mit der Mehrheit stimmen. Da hielte ich es nicht für besonders fair, mich auf deren Rücken zu profilieren.

Stellung habe ich auch bezogen, wenn ich trotz Bedenken Gesetzen zugestimmt habe, die ich aus sozialdemokratischer Sicht für wenig gelungen halte, die aber gleichwohl als Kompromisse dieser Koalition beschlossen werden mussten.

Dazu gehören z. B.

- die Föderalismusreform, die — wie ich finde — weit hinter ihren Möglichkeiten und Notwendigkeiten zurück geblieben ist,
- die Gesundheitsreform, bei der wir darauf warten müssen, dass es andere Mehrheiten im Deutschen Bundestag gibt, mit denen wir eine Bürgerversicherung beschließen können,
- die Unternehmenssteuerreform, die wir nach meiner Auffassung kostenneutral hätten gestalten müssen. In diesem Punkt hatten wir allerdings nicht nur gegen unseren Koalitionspartner zu kämpfen ...

Meine Stellungnahmen zu den meisten hier aufgeführten Themen könnt Ihr auf meiner Internetseite www.soenke-rix.de nachlesen. Meine Büros schicken Euch aber auch gerne die entsprechenden Berichte zu.

„INFORMATIONSPOLITIK“

In regelmäßigen Abständen, mindestens alle 14 Tage, erhaltet Ihr von mir den „Bericht aus Berlin“, der in den meisten Fällen identisch ist mit einer Kolumne, die in der Eckernförder Zeitung erscheint. Darin greife ich aktuelle politische Fragen auf, stelle meine persönliche Meinung dazu dar oder erkläre mein Abstimmungsverhalten bei Abstimmungen im Deutschen Bundestag.

Die Rückmeldungen, die ich auf den Bericht aus Berlin bekomme, bestärken mich, damit weiterzumachen. Über weitere zustimmende oder kritische Kommentare würde ich mich freuen. Über meinen E-Mail-Verteiler erreiche ich viele Genossinnen und Genossen im Kreis RD-Eck. Für weitere Adressen aus euren Ortsvereinen wäre ich natürlich dankbar.

Weitere Informationen zu Inhalten unserer Politik, zu meinen Positionen, aber auch zu meinen Terminen findet Ihr auf meiner Internet-Seite www.soenke-rix.de. Für diese Seite muss ich mich nicht selber loben, das hat schon das Magazin politik&kommunikation getan: Mit Rang 17 landete die Seite unter den TOP 20 bei den Bundestagsabgeordneten.

Ansonsten herrscht kein Mangel an beschriebenen Papier: Wer Informationen zu bestimmten Fragen und Politikfeldern benötigt, wer gerne die Newsletter von Fraktion oder Landesgruppe haben möchte, kann sich gerne an mein Wahlkreisbüro wenden.

STICHWORT WAHLKREISBÜRO

Mein Wahlkreisbüro habe ich wie angekündigt in Rendsburg aufgeschlagen. Dort biete ich auch regelmäßig Bürgersprechstunden an. Ich freue mich, dass sich der Kreisverband und der Rendsburger Ortsverein auch mit eingemietet haben. So ist die SPD in Rendsburg-Eckernförde wieder präsent.

Vielen von Euch ist sicher aufgefallen, dass Sabine Jaster wegen einer schweren Erkrankung seit Mitte Mai dieses Jahres nicht mehr im Wahlkreisbüro anzutreffen ist. Inzwischen ist sie wieder auf dem Wege der Besserung, hat sich aber kürzlich entschieden, aus dem Berufsleben auszuschneiden und wird nicht mehr an ihren Arbeitsplatz zurückkehren. Ich bedaure das außerordentlich, muss aber einsehen: die Gesundheit geht vor. Sabine hat mir an der einen oder anderen Stelle ehrenamtliche Hilfe zugesagt.

Ab Anfang Januar wird Harald Boysen ihren Platz einnehmen, so dass das Wahlkreisbüro dann wieder mit voller Kraft fährt. Harald wird sich Euch an anderer Stelle noch einmal vorstellen.

Im letzten halben Jahr hat Isabel Daniel das Team in Berlin verstärkt. Da ich das Wahlkreisbüro nicht schwächen möchte, kann ich dieses Vertragsverhältnis im neuen Jahr leider nicht fortführen. Ich danke Isabel für ihre Mitarbeit.

BESUCHERGRUPPEN

Ich habe von 2006 bis heute fast 60 Besuchergruppen in Berlin empfangen: Schulklassen, Ortsvereine, Schornsteinfeger, Gilden, Jugendfeuerwehren, den Sozialverband, usw. usw. und natürlich die BPA-Gruppen, zwei 50-köpfige Gruppen pro Jahr, die an drei Tagen den Politikbetrieb in Berlin kennenlernen können.

Auch wenn es in meinen Büros manchmal wie im Reisebüro zugeht: Es gibt kaum geeignetere Möglichkeiten auf Menschen zuzugehen, die der Politik eher skeptisch gegenüber stehen. Auch aus diesem Grund habe ich mich entschieden, die BPA-Fahrten eher für Menschen und Zielgruppen zu öffnen, die bisher noch nicht so viel Kontakt zur Politik und der SPD hatten.

Ich freue mich, dass immer mehr Ortsvereine politische Kurzreisen nach Berlin anbieten. Bei der Organisation sind wir gerne behilflich.

VERANSTALTUNGEN/TERMINE

Wenn ich nicht zu einer der ca. 22 Sitzungswochen in Berlin bin, „bereise“ ich den Wahlkreis mit einer Vielzahl von Veranstaltungen und Terminen. Dazu zählen eigene themenbezogene Veranstaltungen („Fraktion vor Ort“), Ortsvereinsrunden, Besuche in Gemeinden, Betrieben, Einrichtungen, bei den Gewerkschaften und parteinahen Organisationen. Aber natürlich komme ich auch gerne, wenn der Terminkalender es zulässt, in Euren Ortsverein. Viele von Euch treffen mich aber auch, wenn ich als Kreisvorsitzender der SPD unterwegs bin.

Eine Auswahl meiner Termine findet ihr immer aktuell auf meiner Internetseite www.soenke-rix.de, ebenso einen kurzen Bericht über diejenigen, die schon stattgefunden haben.

2007 — UNTERM STRICH EIN GUTES JAHR

VON SÖNKE RIX, MDB

Nach zwei Jahren Großer Koalition konnten wir neben allen Unstimmigkeiten mit unserem Koalitionspartner auch gute und weitreichende Erfolge erzielen. Dies sind die wichtigsten aus dem Jahr 2007:

Mit 3,38 Mio. Arbeitslosen ist die Arbeitslosigkeit auf den niedrigsten Novemberstand seit 15 Jahren gesunken. Das sind mehr als 600.000 weniger als im letzten Jahr. 40,359 Mio. Menschen sind erwerbstätig. Über 27 Mio. Menschen sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt, das ist ein Plus von rund 580.000 innerhalb eines Jahres. Der wirtschaftliche Aufschwung ist auf dem Arbeitsmarkt angekommen. Die Frage, wer dafür verantwortlich ist (die Politik der rotgrünen Koalition, Angela Merkel oder die gute Weltkonjunktur) kann ich an dieser Stelle nicht beantworten, sondern nur feststellen: Die Zahlen sind gut — aber noch lange nicht gut genug!

Wir haben den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung weiter abgesenkt - auf 3,3 Prozent zum 1. Januar 2008. Wir haben damit innerhalb eines Jahres den Beitragssatz nahezu halbiert.

Bund, Länder und Kommunen haben sich darauf verständigt, die Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren bis 2013 auf 750.000 Plätze zu erhöhen. Dafür haben wir das Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens verabschiedet. Mit 2,15 Milliarden Euro unterstützt der Bund den Kinderbetreuungsausbau.

Die umstrittene Besteuerung der Tagespflege konnte in letzter Minute verschoben werden. Dafür habe ich mich persönlich eingesetzt und deshalb freue ich mich darüber ganz besonders.

Das Elterngeld, das zum 1. Januar 2007 eingeführt wurde, und die Absetzbarkeit von Betreuungskosten sorgen für mehr finanziellen Spielraum in den Familien und schaffen die Voraussetzungen dafür, dass sich Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren lassen. Offenbar erfolgreich: Die Familienministerin benötigt mehr Geld als angenommen. In diesem Fall ist das eine gute Nachricht!

Bei der ALG I – Verlängerung sind wir auf dem richtigen Weg. Wir wollen ältere Arbeitslose davor bewahren, schon nach einem Jahr Hartz IV zu beziehen, obwohl sie unter Umständen jahrzehntelang in die Kassen eingezahlt haben. Damit wird eine Ungerechtigkeit aus dem Weg geräumt. Besonders wichtig: Anders als von



Rüttgers und Union gewollt, geht diese Maßnahme nicht zu Lasten von Frauen und Jüngeren.

Schwer gerungen haben wir mit der Union um die Durchsetzung des Postmindestlohns. Briefzusteller erhalten künftig 9,80 Euro (9 Euro in ostdeutschen Ländern) pro Stunde. Das ist ein Erfolg, der Hoffnung für andere Branchen macht.

Ein Erfolg ist auch die Neuregelung des Unterhaltsrechts. Die Union hat sich davon überzeugen lassen, dass das Wohl der Kinder bei Trennungen künftig an erster Stelle stehen soll. Deshalb wird minderjährigen Kindern in der Rangfolge der erste Rang und damit Vorrang vor allen anderen Unterhaltsberechtigten eingeräumt.

Zum Wintersemester 2008/2009 wird das BAföG deutlich erhöht. Die Bedarfssätze steigen um 10 Prozent, die Freibeträge um 8 Prozent. Dadurch haben mehr junge Menschen erstmals einen BAföG-Anspruch.

Und schließlich: Wir unterstützen die aktive Bürgergesellschaft durch steuerrechtliche Förderung des ehrenamtlichen Engagements.

Nicht zufrieden bin ich mit dem neuen Unternehmenssteuerrecht, das zum 1. Januar 2008 kommt. Auch bei der Neuregelung der Erbschaftsteuer hätte ich mir mutigere Schritte vorstellen können. Um zu verhindern, dass das Erben eines normalen Einfamilienhauses auch weiterhin steuerfrei bleibt, benötigt man wohl keine persönlichen Freibeträge in Höhe von 500.000 Euro für Ehegatten, 400.000 Euro für jedes Kind und 200.000 Euro für jeden Enkel.

Aber unter dem Strich bleibt: Wir haben Einiges erreicht - trotz und mit der Union.